



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juli 2019

Nach der Wahl ist vor der Wahl – wir bleiben dran



Jungfernstieg, Demo ein Europa für alle am 19.5.19, Foto Christiane Schneider

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe:
Dienstag, 30.07.2019

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Seenotrettung ist kein Verbrechen	S. 2
Beschlossene Anträge vom 18.6.	S. 3
Ankündigung Rücktritt	S. 4
Mandatsträgerbeiträge	S. 5
Aufruf zur Mitarbeit	S. 6
DIE LINKE Im Reiherstiegviertel	S. 7
Lesetipp Wohnungsnotstand	S. 8
Termine / Kontakt	S. 9

PROTESTDEMONSTRATION

**Am nächsten Samstag, den 6. Juli, um 14 Uhr im Arrivati-Park /
Neuer Pferdemarkt**

**Denn: SEENOTRETTUNG IST KEIN VERBRECHEN!
TATENLOSIGKEIT SCHON. FREE CAROLA!**

**Sicherer Hafen für die Geretteten auf der Sea-
Watch 3 – sofort!**

Freiheit für die Sea-Watch 3 und ihre Crew!

Am 12. Juni rettete die Sea-Watch 3 mit Kapitänin Carola Rackete 53 Menschen das Leben – dann begann das Warten. Mal wieder. Die EU schweigt und Italiens rechter Innenminister Salvini hetzt und droht. So geht europäische Abschottungspolitik: Verantwortungslosigkeit und Abschreckung durch Ertrinkenlassen.

Kapitänin Carola Rackete hat eine mutige und richtige Entscheidung getroffen: Sie erklärte den Notstand. Denn das Recht der Geretteten auf einen sicheren Hafen und körperliche Unversehrtheit ist wichtiger als die absurden Regeln der italienischen Rechtsregierung. Die Sea-Watch 3 fuhr in der Nacht vom 29. Juni trotz Verbots in den Hafen von Lampedusa ein und die Kapitänin wurde im Anschluss verhaftet.

Die Seebrücke Hamburg solidarisiert sich mit Sea-Watch und fordert:

1. Die Geretteten müssen in Lampedusa eine akute medizinische Hilfe und ausreichende Versorgung bekommen und von dort in ein Land Ihrer Wahl weiterreisen dürfen. Denn Menschenrechte stehen nicht zur Diskussion!



2. Die Kriminalisierung der Seenotrettung durch Italien und andere EU-Staaten muss aufhören. Freie Fahrt für die Sea-Watch 3! Freiheit für ihre Kapitänin Carola Rackete!

3. Hamburg soll die 53 Geretteten sofort in unsere Stadt einladen und diese Einladung den Innenministern Seehofer und Salvini zur Kenntnis bringen! Bürgermeister Tschentscher oder ein*e Vertreter*in der Stadt soll sich nach Lampedusa begeben, um die Geretteten in Empfang zu nehmen und für ihr sicheres Geleit zu garantieren.

Carola Rackete machte das einzig Richtige: Leben retten, Haltung zeigen, Widerstand leisten. Sie bietet Salvini und allen Rechten in Europa die Stirn. Das können und müssen wir auch tun. Die Zeit des Redens ist vorbei, die Zeit, zu handeln, ist jetzt. Gemeinsam mit vielen anderen europäischen Städten rufen wir auf zu einer

PROTESTDEMONSTRATION

Am nächsten Samstag, den 6. Juli, um 14 Uhr im Arrivati-Park/Neuer Pferdemarkt

Denn: SEENOTRETTUNG IST KEIN VERBRECHEN!

TATENLOSIGKEIT SCHON.

FREE CAROLA!

(Aufruferin: „Seebrücke Hamburg“ Die Demonstration findet statt, auch wenn Carola Rackete inzwischen freigelassen wurde)

Beschlossene Anträge vom 18.06.

Liebe Genossinnen und Genossen,
zur BMV am 18.06.2019 kamen 25 Mitglieder des
Bezirksverbands Hamburg Mitte zusammen

Es wurden zwei Anträge beschlossen, die Ihr
unten findet
i.a. Theresa

Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung der LINKEN Hamburg-Mitte am 18.06.2019:

Atomwaffenverbotsvertrag vorantreiben – Wahlversprechen jetzt umsetzen

1) Die Bezirksmitgliederversammlung der LINKEN HH-Mitte fordert den Landesvorstand auf, zu einem Treffen einzuladen, um das Vorgehen der Linksfraktionen in den Bezirksversammlungen und der Bürgerschaft in Umsetzung des Bezirksrahmenwahlprogramms zum Atomwaffenverbot zu koordinieren. Eingeladen werden jeweils ein/e Vertreter/in der Bezirksvorstände, der Bürgerschafts- und Bezirksfraktionen, der AG FIP sowie Vertreter/innen von ICAN. Das Treffen wird bis Anfang August durchgeführt. Angestrebt wird ein zeitlich und inhaltlich abgestimmtes Vorgehen der Fraktionen in den Bezirksversammlungen möglichst unter aktiver Beteiligung der Friedensbewegung, speziell von ICAN, und den Mitgliedern der LINKEN.

2) Wenn der Landesvorstand das nicht umsetzt oder die Umsetzung verschleppt, wird der Be-

zirksvorstand beauftragt, den Antrag auf das nächste Bezirkstreffen einzubringen. Wenn nötig, wird der Antrag an die nächste Tagung des Landesparteitages eingereicht.

Begründung:

„Die Bezirksfraktionen der LINKEN in Hamburg werden die von Friedensnobelpreisträger ICAN initiierte ‚Erklärung für Abgeordnete zur Unterstützung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags‘ unterstützen und bringen in die jeweiligen Bezirksversammlungen parlamentarische Initiativen ein, die in Richtung Bürgerschaft und Bundesrat zielen, damit die Bundesrepublik dem UN-Vertrag zum Verbot der Atomwaffen beitrifft und die US-Atomwaffen von deutschem Boden abgezogen werden.“ (Hamburg – solidarische Stadt. Bezirksrahmenwahlprogramm der LINKEN Hamburg 2019)

Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung der LINKEN Hamburg-Mitte am 18.06.2019

Arbeitsvorhaben der LINKEN in der Bezirksversammlung Mitte 2019

Auf Grundlage des Wahlprogramms nehmen sich Partei und Fraktion gemeinsam folgende Schwerpunkte als Selbstverpflichtung und Forderungskatalog für Gespräche mit anderen Parteien vor. Die Fraktion wird gebeten, geeignete Vorschläge und Verfahren für die Umsetzung dieser Ziele zu entwickeln.

1. Frieden

a) Durchsetzung der ICAN-Initiative

Die Bezirksversammlung HH-Mitte ergreift Initiative in Richtung Bürgerschaft, darauf hin, dass Hamburg sich im Bundesrat dafür einsetzt, dass die BRD dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beitrifft. Wir arbeiten dafür mit ICAN und anderen Aktiven der Friedensbewegung zusammen.

Begründung: Atombomben sind die größte Irrationalität und Gefahr für die Menschheit. „Mini-Nukes“ werden modernisiert, um Atomkrieg führbar zu machen. 22 Staaten haben den Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert, 50 sind erforderlich dafür, dass er in Kraft tritt.

Dies zu forcieren, ist auch ein Zeichen gegen die Aufkündigung des INF-Vertrags.

b) Schluss mit Rüstungs- und Atomtransporten

Die Bezirksversammlung spricht sich für ein Verbot von Atom- und Rüstungstransporten über den Hamburger Hafen aus. Wir kooperieren mit der „Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte“ und begrüßen eine Volksinitiative für den Stopp von Rüstungsexporten.

Begründung: Todbringende Rüstungsgüter werden weiter an die Kriegsparteien im

Jemen und anderen Ländern geliefert. Atomtransporte sind eine ständige Gefahr für die Bevölkerung auch hier. Bremen hat es mit einem Verbot von Atomtransporten vorgemacht und ein juristisches Gutachten bestätigt, dass es auch mit Rüstungsexporten möglich ist.

2. Soziale Verbesserungen

a) Schluss mit Schuldenbremse und der Agenda 2010

Die Bezirksversammlung fordert den Senat auf, die Einschränkung der Zuwendungen für die kommunale Infrastruktur zu beenden und sich gegen die Drangsalierung Erwerbsloser zu wenden. Zusammen mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und Aktiven der Kampagne „Internatio-

nal Solidarisch – Schluss mit Austerität“ wird eine soziale Offensive gegen Armut gestartet und die Volksinitiative „Schuldenbremse streichen“ unterstützt.

Begründung: Wegen der knapp gehaltenen öffentlichen Investitionen fehlen Jobs und Perspektiven und gelingen AfD & Co ihr spaltender Rassismus. Die permanente Demütigung durch Hartz IV behindert zudem demokratische und politische Tätigkeit.

b) Bezahlbares Wohnen für alle

Die Bezirksversammlung wird für einen hohen Anteil geförderter Wohnungen aktiv, der deutlich über den (faktisch nicht eingehaltenen) „Drittelmix“ hinausgeht. Die Kapazitäten der Wohnungspflege sind aufzustocken und Leerstand zu bekämpfen, mit allen politischen und rechtlichen Mitteln einschließlich Enteignung.

Begründung: Obdachlosigkeit, Verdrängung und Spekulation sind nicht hinnehmbar, zumal in einer reichen Stadt wie Hamburg. Auch hier ist die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen zu suchen.

c) Verkehr – sozial und ökologisch nachhaltig

Die Bezirksversammlung setzt sich dafür ein, dass öffentliche Verkehrsmittel allen kostenfrei zugänglich gemacht und massiv ausgebaut werden.

Begründung: Mobilität soll für die Bevölkerung komfortabel sowie für das Klima unschädlich sein. Die marode Infrastruktur in Hamburg-Mitte ist eine Folge der Schuldenbremse und unnötig. Umweltorganisationen sind hier natürliche Bündnispartner.

3. Aktives Gedenken gegen Rechts

a) Woche des antifaschistischen Gedenkens

Die Bezirksversammlung führt eine jährliche antifaschistische Woche ein, mit Diskussions- und Kulturveranstaltungen und Gedenkaktionen (z. B. Bullenhusen Damm, Deserteursdenkmal etc.). Zusammenarbeit mit den Bezirken Nord und

Ankündigung Rücktritt

Liebe Genossinnen und *Genossen*,

seit den Nachwahlen zum Bezirksvorstand wird die Arbeit zunehmend von organisatorischen Schwierigkeiten bei Terminplanung und Veranstaltungen dominiert.

Unter Ausnutzung der Mehrheitsverhältnisse durch geringe Beteiligung bei Bezirksmitgliederversammlungen gehen die Bestrebungen dahin

Eimsbüttel, die bereits eine „Woche des Gedenkens“ durchführen.

Begründung: Auch in HH-Mitte haben die Nazis schwerste Verbrechen begangen. Das „Nie wieder“ begründet eine menschenwürdige Zukunft.

b) Würdiger Gedenk- und Lernort im Stadthaus

Die Bezirksversammlung unterstützt die „Initiative Gedenkort Stadthaus“ in ihrem Engagement und ihrer Forderung, dass mindestens das sogenannte Görtzsche Palais, der erste Standort des Hamburger Polizeipräsidiums, in Gänze als Gedenk- und Lernort zur Verfügung gestellt wird.

Begründung: Das Stadthaus, ehemaliges Polizeipräsidium und Gestapo-Folterkeller, hätte niemals privatisiert werden dürfen. Antifaschistische Erinnerung statt Konsum!

4. Demokratische Partizipation

a) Bauausschuss

Der Bauausschuss der Bezirksversammlung muss öffentlich tagen. AnwohnerInnen, Gewerkschaften, Verbraucher-, Mieter- und Umweltverbände müssen Einsicht in die Bauplanung erhalten, um darauf Einfluss nehmen zu können.

Begründung: Dies hilft, spekulierende InvestorInnen in Schach zu halten.

b) Haushaltsausschuss

Es wird wieder ein Haushaltsausschuss der Bezirksversammlung eingeführt.

Begründung: Transparenz.

c) Stadtteilbeiräte

Zusammen mit Aktiven der Stadtteilbeiräte wirkt die Bezirksversammlung dafür, dass ihre Beschlüsse verbindlicher und ihre finanzielle Ausstattung bedarfsgerecht werden.

Begründung: Stadtteilbeiräte sollen allen BewohnerInnen ermöglichen, an politischen Prozessen teilzunehmen.

den Bezirksvorstand zum Ausführungsorgan für die politischen Ziele der Liste Links zu machen. Aktuellstes Beispiel ist der Antrag "Atomwaffenverbotsvertrag vorantreiben - Wahlversprechen jetzt umsetzen", der auf der Bezirksmitgliederversammlung am 18.6. beschlossen wurde.

Die vorgeschlagenen Themen für Veranstaltungen und ein intern vorgelegter Terminplan für das 2. HJ 2019 bestätigen diese Einschätzung.

Für bezirksbezogene Aktivitäten besteht kaum Bereitschaft, zumal die zeitlichen Kapazitäten durch Streitereien, teilweise um Banalitäten, und mangelnder Kompromissbereitschaft stark eingeschränkt werden.

Außerdem wollen wir die geplante Einflussnahme auf die Arbeit der Fraktion nicht unterstützen.

Als deutlichstes Beispiel zu nennen ist der Antrag

"Arbeitsvorhaben der LINKEN in der Bezirksversammlung Mitte 2019

Auf Grundlage des Wahlprogramms nimmt sich die Fraktion folgende Schwerpunkte als Selbstverpflichtung und Forderungskatalog für Gespräche mit anderen Parteien vor:"

Dieser Antrag wurde auf der BMV am 18.6.19 in leicht modifizierter Form ebenfalls beschlossen.

Aus diesen Gründen sehen wir keine Basis für eine weitere Zusammenarbeit und werden deshalb am 4.7.19 auf der Bezirksvorstandssitzung unseren Rücktritt erklären.

Den Rücktritt erklären wir mit Wirkung zum Termin der Bezirksmitgliederversammlung, die einen neuen Vorstand wählen wird. Dies wird voraussichtlich in der ersten Augusthälfte stattfinden. Der Termin muss noch abgestimmt und organisiert werden. Eine Einladung werdet ihr fristgerecht erhalten. Wir haben uns für diese zeitliche Lösung entschieden, da wir uns in der Verantwortung sehen, nicht die Geschäftsführung bis zur Neuwahl an die Landesgeschäftsstelle übergeben zu müssen. Es bleibt dem Gesamtvorstand genug Zeit die Neuwahlen und eine ordentliche Übergabe an den neuen Vorstand vorzubereiten.

Der vorzeitige Rücktritt mag manche überraschen. Dies ist o.g. Gründen geschuldet. Wir gehören seit der Bezirksversammlungswahl der Fraktion an und würden aufgrund des Grundsatzes der Trennung von Amt und Mandat zur turnusmäßigen Neuwahl im Herbst nicht erneut kandidieren.

Mit solidarischen Grüßen
Theresa, Marinus, Alexander G.

Elemente einer Mandatsträgerbeitragsordnung für Bezirke

1. Diese Mandatsträgerbeitragsordnung gilt für Bezirksabgeordnete (Mandatsträgerbeitragsordnung für die Bürgerschaftsfraktion folgt). Die unten genannten Mandatsträgerbeiträge sind als Mindestbeitrag zu verstehen. Zubenannte BürgerInnen leisten keinen Mandatsträgerbeitrag.
2. Mit der Kandidatur für ein Mandat erkennen die BewerberInnen die Mandatsträgerbeitragsordnung als verbindlich an und bekunden das durch ihre Unterschrift.
3. Diese Mandatsträgerbeitragsordnung gilt für parteilose Mitglieder linker Fraktionen in gleicher Weise.
4. Die Mandatsträgerbeiträge werden von den Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten berechnet. Sitzungsgelder bleiben außer Betracht.
5. Von der einfachen Aufwandsentschädigung werden 10 %, von der zweiten Aufwandsentschädigung für stellvertretende Fraktionsvorsitzende sowie von der dritten Aufwandsentschädigung für die Vorsitzenden 15 % berechnet und auf ganze Euro aufgerundet. Daraus ergibt sich ein Mandatsträgerbeitrag für einfache Abgeordnete von 37 Euro, für stellvertretende Vorsitzende 88 Euro und für Vorsitzende 150 Euro. Die Summe dieser Beträge ergibt den Mandatsträgerbeitrag der Fraktion (beträgt im Ergebnis zwischen 10 % und 12 % der gesamten Aufwandsentschädigung der Fraktion). Werden die Aufwandsentschädigungen erhöht, sind die Mandatsträgerabgaben entsprechend anzupassen.
6. Können Abgeordnete den Mindestbeitrag nicht in voller Höhe zahlen, so kann dieser Beitrag reduziert werden. In diesem Fall nimmt die jeweilige Fraktion einen internen Sozialausgleich vor, sodass der gesamte Mandatsträgerbeitrag der Fraktion in der Regel davon unberührt bleibt.
7. Spenden der Fraktionsmitglieder in einen Soli- oder Projektfond der jeweiligen Fraktion werden zusätzlich geleistet sind mit den Mandatsträgerbeiträgen nicht verrechenbar.
8. Die Zahlung der Mandatsträgerbeiträge ist in der Regel monatlich zu leisten.

Schlussbemerkung:

Die beigefügten Mandatsträger-Beitragstabellen zeigen beispielhaft, wie sich der Mandatsträgerbeitrag einer Fraktion errechnet in Abhängigkeit von der Größe der Fraktion. Berechnet wurde er für eine Fraktion aus 3, 4, 6 und 10 Abgeordneten. Bestehen Fraktionen aus 10 oder mehr Abgeordneten, so haben sie das Recht auf einen zweiten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden mit doppelter Aufwandsentschädigung. Generell gilt also: Je größer unsere Fraktionen, desto größer die Mandatsträgerbeiträge für die Partei.

Hamburg im November 2009

Es soll im Bezirksverband Debatten über dieses Thema geben. Deshalb hier der Beschluss des LV von 2009, nach dem unsere Fraktionen in der BV bisher verfahren sind. Die absoluten Zahlen haben sich inzwischen geändert.- besel

Aufruf zur Unterstützung der Arbeit in den Gremien des Bezirks

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit dem 20. Juni hat die 22. Wahlperiode der Bezirksversammlung Hamburg Mitte begonnen.

Die neue Fraktion unserer Partei hat sich mit einem Mitglied mehr konstituiert (siehe Juni-Ausgabe des Mitteilungsblattes).

Unsere acht Abgeordneten brauchen natürlich auch in den nächsten fünf Jahren eure Unterstützung!

Für die Ausschüsse der Bezirksversammlung und die Beteiligungsgremien können wir Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks benennen.

So verteilen wir die Arbeit auf viele kluge Köpfe. Ihr unterstützt uns in den Ausschüssen mit eurem Wissen, euren Erfahrungen und politischen Ideen und ihr bekommt die Chance, Einblicke in die Arbeit der Bezirksversammlung zu bekommen und mit uns gemeinsam linke Politik im Bezirk zu gestalten. Der Arbeitsaufwand in den Ausschüssen wird mit einer Aufwandsentschädigung von 30 Euro pro Sitzung vergütet.

Da die Ausschusszuschnitte noch nicht neu beschlossen wurden, liste ich nachfolgend die Gremien der alten Wahlperiode auf.

Bitte meldet bis zum 12.07 in der Geschäftsstelle (geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de) für welche Ausschüsse bzw. Bezirksthemen ihr Interesse habt und mitarbeiten wollt.

Leitet diesen Aufruf auch gerne weiter an engagierte Personen außerhalb der Partei, die euch für bestimmte Themen geeignet erscheinen. Eine Parteimitgliedschaft ist keine Bedingung für die Mitarbeit in den Ausschüssen.

Bisherige Ausschüsse der Bezirksversammlung:
(Hauptausschuss, ohne zubenannte BürgerInnen)

Bauausschuss (zuständig für die innere Stadt)

Jugendhilfeausschuss

Stadtplanungsausschuss Süd/West

Stadtplanungsausschuss Ost

Kulturausschuss

Umwelt- und Verkehrsausschuss

Ausschuss für Soziales, Inklusion und Sport

Cityausschuss

Regionalausschuss **Finkenwerder**

- Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Finkenwerder

Regionalausschuss **Wilhelmsburg/Veddel**

- Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Wilhelmsburg/Veddel

Regionalausschuss **Billstedt/Mümmelmansberg**

- Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Billstedt/Mümmelmansberg

Regionalausschuss **Horn/Hamm/Borgfelde**

- Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Horn/Hamm/Borgfelde

Beteiligungsgremien:

- Forumsbeirat Entwicklungsraum Billstedt/Horn:

- Quartier I – Schiffbeker Berg /

- Legiencenter / Washingtonring

- Quartier II – Jenkelweg / Archenholzstraße

- Billstedt S 3 – Mümmelmansberg

- Horner Geest – Nachsorge

- Sanierungsbeirat Billstedt Zentrum

- Quartiersbeirat Osterbrookviertel

- Quartiersbeirat Münzviertel

- Stadtteilrat Rothenburgsort

- Stadtteilbeirat St. Georg

- Sanierungsbeirat Gängeviertel

- Quartiersbeirat Karolinenviertel

- (Sanierungsbeirat?) Wohlwillstraße

- Stadtteilbeirat Veddel – Nachsorge

- Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg

- Quartiersbeirat Reiherstiegviertel

- Bürgerforum Hafencity

- Stadtteilkonferenz Neustadt

Für alle Beteiligungsgremien sollte die LINKE je eineN VertreterIn sowie eineN StellvertreterIn benennen, möglichst Menschen, die sich vor Ort auskennen und im Idealfall auch bekannt sind.

Tilman Rosenau/ besel

DIE LINKE dabei und mittendrin im Reiherstiegviertel

Gefühlte 40 Grad im Schatten beim Stadtteilfest in Wilhelmsburg. Klimawandel oder nur Sommer? Egal, die BO-Wilhelmsburg war mit einem Infostand beim Stadtteilfest mit viel Elan dabei und zeigte Präsenz (alle anderen Parteien glänzten durch Abwesenheit).

Erstmalig zum Einsatz gebracht wurde der neue „rote Pavillion“ der BO. Er erwies sich rasch als Anziehungspunkt für die der „Fridays for future“ nachfolgende Generation, sprich die drei- bis zwölfjährigen Kids. Zeitweise belagerten mehr als zehn Kids den Pavillion und wollten von Michelle, Maria oder David geschminkt werden. Super Sache -wie ich finde- mit dem Kinder schminken. Selten habe ich so faszinierte Kinder erlebt und dadurch einen so lebendigen Infostand der *LINKE*n. Vielen Dank an unsere drei VisagistInnen!



Foto: Jü.Ol.

burger Reiherstiegviertel und gehört inzwischen einfach dazu. Ein Stimmenanteil von 25% bei den Bezirksversammlungswahlen und stärkste Partei in fünf Wahllokalen sind Beleg dafür und erinnern an Wahlergebnisse der KPD in der Weimarer Republik in diesem Quartier.



Foto: Jü.Ol.

Gefreut hat mich auch, dass viele WilhelmsburgerInnen direkt auf unseren Stand zukamen und das Gespräch mit uns suchten. *DIE LINKE* findet inzwischen immer mehr Akzeptanz bei den Menschen im Wilhelms-



Foto: Jü.Ol.

Ende August wollen wir den „roten Pavillion“ beim interkulturellen Stadtteilfest auf der Veddel erneut aufbauen und mit kämpferischem Elan dabei sein. (Jü.Ol.)

Lesetipp:

Mietpreis-Explosion und Wohnungsnotstand Ursachen und Alternativen

so der Titel der jüngsten Ausgabe des ISW-Report, die Ich euch unbedingt zum Lesen empfehlen möchte. Die beiden Autoren Andrej Holm und Claus Schreer sind ausgewiesene Experten auf dem Gebiet Mieten-Explosion/Wohnungsnotstand/Stadtentwicklung und aktiv in der MieterInnenbewegung.

Im Unterschied zu vielen anderen AutorInnen arbeiten die Beiden in einfacher Sprache heraus, dass Appelle an die Sozialpflichtigkeit des Wohnungseigentums nutzlos sind, dass privater Wohnungsbau und Wohnungsvermietung kein soziales Ziel verfolgen; dass der Zweck von Investitionen in den Wohnungsbausektor die Rendite ist. Dass es kein anderes Interesse gibt und eine soziale Wohnungsversorgung daher immer gegen private Gewinninteressen durchgesetzt werden muss.

Ihre Empfehlungen im letzten Kapitel des Reports enthalten keine Ratschläge für Schönheitsreparaturen an der kapitalistischen Marktwirtschaft, auch keine Vorschläge für etwas weniger drastische Mieterhöhungen oder für noch höhere Steuersubventionen als Anreiz für WohnungsbauinvestorInnen. Sie sind ein Plädoyer für eine grundlegende Wende in der Wohnungspolitik. „Eine soziale Wohnungs- und Mietpolitik erfordert drastische Eingriffe in die am Profit orientierte kapitalistische Verwertung des Grund- und Hausbesitzes.“

Die Durchsetzung einer sozialen Wohnungsversorgung geht für die Autoren mit dem Umbau der Eigentümerstruktur einher und ist für sie mit der Ausweisung eines gemeinwirtschaftlichen und nicht profit-orientierten Wohnungssektors verbunden. Sie sehen drei Elemente einer sozialen Wohnungspolitik:



1. Eine konsequente Mietpreisbegrenzung
2. Die massive Verstärkung eines aus öffentlichen Mitteln finanzierten Sozialen Wohnungsbaus mit dauerhaften Mietpreis- und Belegungsbindungen
3. Die Vergesellschaftung von Grund und Boden als Voraussetzung für eine soziale Stadtteilentwicklung.

isw-report 116/117
Wohnungsmangel und Mietpreisexplosion – Ursachen und Alternativen
Umfang 60 Seiten / Preis: 5,- Euro

(Jü.Ol.)

Informativ auch die **Studie „Bestandsmietenanalyse 2013 bis 2018“ (PDF)** der Bundestagfraktion, die das Ausmaß der Wohnungskrise deutlich macht und zeigt, dass die Haushalte an

der Armutsgrenze sich in keiner der 20 größten deutschen Städte Wohnraum zu durchschnittlichen Mieten mehr leisten können. (Jü.Ol.)

Termine in (und für) Mitte

Mittwoch, 03.07. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Samstag, 06.07. 14 Uhr

Seenotrettung ist kein Verbrechen!

Protestdemonstration, (s. S. 2)
Arrivati-Park/Neuer Pferdemarkt

Dienstag, 09.07., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 15.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 17.07., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

August

Montag, 05.08., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Montag, 05.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 07.08. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Dienstag, 13.08., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 19.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 21.08., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:
Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Alexander Benthin		
Alexander Götz (Schatzmeister)		
Theresa Jakob		
Eva Rosanski		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Marinus J. Stehmeier		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX